

Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

Glück-Mus.

Aboimmenspreis 60 Pf. pro Monat,
1,50 Mk. pro Quartal.
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.
Einzelne Nummern 1 Mark.

Anzeigen führen die geschätzte Zeitung
je 10 Pf. deren Raum 10 Pf.

Bei einmaliger Aufnahme 20, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei
100 maliger Aufnahme 40 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 1391. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe. Telephon-Nr. 1391.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: Alfred Janschel, Bonn.

Druck u. Verlag von Handmann & Co., Bonn, Wiemelhäuserstr. 42.

Es wird keine Garantie damit übernommen, daß Aufsätze an einem bestimmten Platz oder Zugriff auf Ausgabe gebracht werden.

Einberufung

der

16. Generalversammlung unseres Verbandes

auf den

10. bis vorläufig 14. Juni 1905

(Beginn Sonnabend, 10. Juni, vormittags 10 Uhr)

im großen Saale des

Gewerkschaftshauses zu Berlin,
Engelstr. 15.

Vorläufige Tagesordnung:

- Wahl des Büros und der Kommissionen; Festlegung der Geschäftssordnung.
- Änderung des Statuts (Erhöhung der Beiträge, Einführung von Notunterstützung bei Strauchhüttälen). (Referent: Konrad Husemann.)
- Bericht des Vorstandes über das Geschäftsjahr 1904. (Referent: H. Sachse.)
- Bericht der Kasse. (Referent: Paul Horn.)
- Bericht des Kontrollausschusses und Richtigstellung der Jahresrechnung. (Referent: Edmund Graf.)
- Unsere Tafel beim Streik im Ruhrrevier. (Referent: D. Hue.)
- Unsere Presse. (Referent: Joh. Veimpeters.)
- Der Stand der deutschen Berggeschäfte. (Referent: H. Sachse.)
- Berichterstattung über den deutschen Gewerkschaftsbürokrat zu Köln. (Referent: Joh. Veimpeters.)
- Die internationale Arbeiterbewegung. (Referent: Wihl, Nitscher.)
- Mininallohn und Gedingewesen im Bergbau. (Referent: F. Potorny.)
- Einfache Anträge.
- a) Neuwahl der Verbandsleitung und des Kontrollausschusses.
b) Wahl des Ortes der nächsten Generalversammlung.

Den Bezirksvertrauensleuten wird sofort mitgeteilt werden, wieviel Mitglieder in ihren Bezirken am Jahresschluss vorhanden waren und wieviel Delegierte demgemäß aus ihren Bezirken zu entsenden sind. Die Einteilung der Delegierten-Bezirke ist dann nach § 27 Absatz 2 des Statuts sofort vorzunehmen und muß uns der Bezirksvertrauensmann die Einteilung spätestens bis zum 27. März zusenden.

Anträge zur Generalversammlung dürfen nur von Mitgliedern oder in Mitgliederversammlungen gestellt werden. Die in öffentlichen Bergarbeiter-Versammlungen gestellten Anträge sind **falsche Verhältnisse** — danach richte man sich. Alle Anträge werden in der Verbandszeitung, jedoch ohne Begründung der Reihe nach, wie sie bis zum 15. Mai eintreten, veröffentlicht. Anträge, die **nach dem 15. Mai eintreten**, werden nicht mehr veröffentlicht und finden nach keiner Begründung in der Vorlage, welche bis dahin den gewählten Delegierten zugeht. Wer also Anträge zu stellen hat, sorge dafür, daß sie bis zum 15. Mai in unsern Händen sind.

Der Vorstand.

S. V.: H. Sachse.

Preußischer Bergarbeitertag.

Nur durch Einigkeit Gutes Werk gelebt.

Unter sehr eigenartigen Verhältnissen tritt der preußische Bergarbeitertag zusammen. Hierzu uns liegt ein gewaltiger Streit, dessen Fuchs noch in den Gemütern der Beteiligten nachzittert. Durch rücksichtslos fortgesetzte Maßregelungen sorgen die Bechenverwalter auch dafür, daß die Erregung in der Bergarbeiterenschaft noch gehalten wird. Vor uns haben wir die parlamentarischen Beratungen über die Berggesetzesvorlagen, von deren Gestaltung und Durchführung es abhängt, ob die Arbeiter besser wie bisher geübt sein, oder ob die aufrichtigen Mißstände eine neue Katastrophe zeitigen werden. Man täusche sich nur nicht über die Stimmung der Arbeiter. Diese denken nicht so günstig über die Gesetzesvorlagen wie es nach den Auslassungen einiger Zeitungen den Anschein hat. Wer mit der Rauheradschaft verkehrt und sich selbst nichts vortäuschen will, muß sich sagen, daß die Stimmung der Bergleute durchaus nicht rosig ist. Gerade diejenigen Schichten der Belegschaft, die stets das größte Vertrauen zur Regierung bekunden haben, sind enttäuscht über die minimalen Bewilligungen in den Regierungsvorlagen. Es fällt zu keinem guten Ende, wenn die Arbeitervertreter, die Regierung und Parlamente in unklaren Sätzen über die Denkungsart der Arbeiter. Eines guten Tages könne die Wahrheit doch aus Licht und mit Recht werden dann der Arbeitervertreter der Vorwurf zu machen sein, sie habe der Öffentlichkeit keinen Wein eingeschenk. Wir sind im Arbeiterinteresse und auch im Allgemeininteresse verpflichtet, hier zu konstatieren, daß die Arbeiterschaft den Regierungsvorlagen sehr ungünstig gefühlt ist. Soweit uns Nachrichten aus dem Ruhrgebiet, dem Saargebiet und Würzgebiet, aus Schlesien und Mitteldeutschland vorliegen, haben sich überall die Kameraden in manchmal scharfer Weise gegen die Regierungsvorlagen ausgesprochen, ihre Verbesserung verlangt. Diese Mißstimmung ist durchaus nicht auf unsere Verbandsmitglieder beschränkt, sondern in den Kreisen der Angehörigen der anderen Bergarbeiterorganisationen finden die Regierungsvorlagen eben so wenig Gegenliebe. Man täusche sich nur nicht abermals über die Solidarität der Klasse! Sie macht keine diplomatischen Unterscheidungen, vor allen Dingen erkennt sie nicht an, daß die Novellen „herrschende Er-

ungengschäften“ der Bergarbeiter darstellen. Solche günstigen Urteile mögen sich auf den Redaktionen der Nichtfachblätter gebildet haben, aber in der Arbeiterschaft denkt man ganz anders. Beweis wird anerkannt, daß die Novellen in einigen Punkten Fortschritte bringen, aber die Praktiker sehen auch die offengelassenen Hintertritten. Vorwurf wird verboten, was hinten wieder diktatorisch eingeführt werden kann.

Wir erklären ausdrücklich, daß uns, wie allen christlichen Sozialpolitikern der beste Erfolg der Arbeiterschaft der angenehmste ist. Uns fällt es im Trümme nicht ein, die Ablehnung eines guten Gesetzes zu betreiben, „um die Erhöhung der Klasse zu steigern“, wie uns frivoler Weise von einer Seite unterstellt wird. Auch die sozialdemokratische Partei betreibt diese Art „Politik“ nicht; oder glaubt jemand, unsere Kameraden Sachse und Hue, beide sozialdemokratische Abgeordnete, arbeiteten so eifrig mit im Parlament, wenn es sich um Verbesserung der Arbeiterschaftsgesetze handelt, um diese Gesetze — zu Fall zu bringen? Eine solche soziale Praxis könnte nur vom Standpunkt eines Irrenarztes versteckt werden. Nein, wir sind heilsam, wenn es gelingt, ein ausgezeichnetes Bergarbeitergesetz zu bringen, dies erscheint uns sowohl als Gewerkschafter wie auch als Parteipolitiker durchaus im Interesse der Kameradschaft geboten. Es gibt keinen Gegensatz zwischen unserer gewerkschaftlichen und unserer parteipolitischen Sozialpolitik; mit allem Nachdruck konstatieren wir dies gegenüber allen Ver suchen, einen solchen Gegensatz zu konstruieren. Also kommt man uns nicht mit dem läppischen Geschwätz, wir wünschen ein Versagen der Regierung, damit die Massen aufgerüttelt werden. Je besser der Arbeiter geschaut wird, desto lieber ist es uns.

Die Unternehmerorganisation hat schon „reinen Tisch“ gemacht — sie erachtet daß Parlament um glatte Ablehnung der Arbeiterschaftsgesetze. Mißstände existieren nicht, alles sei in bester Ordnung, nicht die mindeste Schuld drücke die Unternehmer, der Streik sei frivol vom Hause gebrochen. Das besagen die von den Reichenherren vereinigungen angenommenen Resolutionen. Ganze vier Stunden lang sind die Herren in Berlin zusammen gewesen, da war ihr Urteil schon fertig — hatten sie es doch fertig mitgebracht. Die für die einzelnen Unternehmen bestellten Untersuchungskommissionen sind ebenfalls zu der „Ansicht“ gekommen, daß „keine allgemeinen, drückenden Mißstände“ auf den Ruhrgruben existieren, der Streik sei demnach unberechtigt gewesen. Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes hat nun aber eine Schrift herausgegeben, eine „kritische Nachfrage“ der über die „Untersuchungen“ veröffentlichten „Niederdriften“. Auf § 22 Seiten stellt diese Broschüre zusammen, was die Unternehmer vor den Untersuchungskommissionen an Mißständen bekannt haben. Es kommt da ein ganz anderes Bild heraus als das, welches die Reichenpressen durch den Abblick lediglich der Kommissionen der Öffentlichkeit vorzutäuschen versucht. Uns den Untersuchungsprotokollen geht hervor, daß Mißstände, Unregelmäßigkeiten und Ungezüglichkeiten bestehen hinsichtlich der Schichthauer, der Seefahrt, der Lohnberechnung, des Nullens, des Strafjens, der Unfallverhütung, des Sanitätswesens überhaupt; es sind auch reale Beleidigungen und häßliche Mißhandlungen bekannt worden. Die Broschüre ging der Regierung, den Parlamenten und der Presse schon zu, sie wird auch den Delegierten zum Bergarbeitertag überreicht werden, die können sie noch ergänzen aus eigener Kenntnis des „herrlichen Bergarbeiterlebens“. Den Bergarbeitertag füllt die Aufgabe zu, ohne Überreibung aber ungeschminkt vor der Öffentlichkeit die Mißstände im Bergverkehr nicht zu beleuchten, damit die Welt sieht, daß hier kein Glückwerk mutzt, sondern sorgfältige Reformarbeit getan werden muß.

Die Reichenvertreter sind emsig am Werke, die öffentliche Meinung ist zu führen über die volkswirtschaftlichen Wirkungen eines guten Bergarbeitergesetzes. Es würde eine Steigerung der Preise für Kohlen zur Folge haben, wiederholt immerfort die Reichenpressen. Als ob unbedingt die jetzigen hohen Werksüberschüsse erhalten bleiben müssten! Könnten denn die Unternehmer nicht ihre Ansprüche auf Über schuß herabmindern? Müssten denn absolut die eingeschworenen verteilen werden?

Immerfort klagen die Unternehmer über „steigende Kosten der Gesetzesgebung“, aber man betrachte sich nur die zunehmenden Über schüsse! 1885—89 erübrigten die mafagenden Ruhrzeichen (65 Proz.) 45—49 Pf. pro Tonne, 1899—1903 betrug der Über schuß pro Tonne aber 1,10—1,35 Mark! So hat die sozialpolitische Gesetzgebung den Bergbau „ruiniert“. Innenseitig Reichtimer haben die klgenden Bergarbeiter aufgehängt, was bekam der Arbeiter? Nach der amtlichen Statistik haben die Durchschnittslöhne in Preußen 1904 betragen:

| | pro Schicht | Jahressumme |
|---------------------------------------|-------------|-------------|
| a) Steinkohlenbergbau: | Marc | Marc |
| Oberschlesien | 2,98 | 846 |
| Niederschlesien | 2,79 | 843 |
| Ruhrgebiet | 3,98 | 1208 |
| Saargebiet | 3,71 | 1097 |
| Wurmgebiet | 3,89 | 1169 |
| b) Braunkohlenbergbau: | | |
| Oberbergamtshsizirk Halle | 3,05 | 934 |
| Vulkaneislicher | 3,25 | 946 |
| c) Salzbergbau: | | |
| Oberbergamtshsizirk Halle | 3,59 | 1082 |
| d) Erzbergbau: | | |
| Mansfeld | 3,08 | 946 |
| Oberharz | 2,33 | 704 |
| Siegen-Vlassau | 2,97 | 847 |
| Sonstiger rechtsrheinischer | 2,83 | 810 |
| Linksrheinischer | 2,49 | 727 |

In dem Revier mit den besten Löhnen erreicht der Durchschnitt pro Tag nicht einmal 4 Mark! Ist das eine der schweren und gefährlichen Bergarbeit entsprechende Bezahlung?

Während die Preise für Nahrung, Wohnung usw. steigen, sind die Bergarbeiterlöhne gesunken. Auf den Kopf eines preußischen Bergarbeiters (Gesamtbergbau) entfielen durchschnittlich Lohnsummen:

1899 . . . 1970 Marc 1902 . . . 1006 Marc

1900 . . . 1138 " 1903 . . . 1045 "

1901 . . . 1076 " 1904 . . . 1067 "

Der Lohn stand also 1904 noch niedriger wie 1899, dennoch behauptet die Reichenpresse, der Lohn sei „ansteigend gestiegen“. Die amtliche Lohnstatistik gibt aber ein anderes Bild.

Umgekehrt liegen die Verhältnisse auf dem Gebiete des Knappenhafes.

Es ereigneten sich nach den Berichten der Knappenhafes-

deutschgenossenschaften entzündungspflichtige falso schwere und tödliche Unfälle pro 1900 Arbeitstag:

1896 im ganzen deutschen Bergbau 6 im Ruhrbergbau 9
1900 " " " 12 " 14
1903 " " " 14 " 17

Die Bergarbeitszahlen steigen, die Unfälle nehmen fortlaufend zu — aber Mißstände sollen im Bergbau nicht existieren! Doch die Bergarbeiter leiden. Von den 167 000 Bergarbeitern der preußischen Bergarbeiterkassen sind 1903 nicht weniger wie 354 731 erkrankt, von 46. Lebensjahr (Durchschnitt 1903), wenn andere Männer für die Bergarbeiter keinen hohen Beitrag leisten, wird der Bergmann schon Krankheit und schwere Arbeitslast des Bergbaus gerettet. Es ist im Geiste der Menschlichkeit, diesem schwierigsten Teile unserer Mutter mit Schutzgesetzen zu Hilfe zu kommen. Je länger die Pflicht verläuft, wird, desto schlimmer sie von Bergmann, desto mehr Zahlen für unsre Bergarbeiter. Wie man angelebt der eisernen Regel und Arbeitsschafft des Bergbaus gerettet, ist in der Mutter der Menschlichkeit, diesem schwierigsten Teile unserer Mutter mit Schutzgesetzen zu Hilfe zu kommen. Je länger die Pflicht verläuft, wird, desto schlimmer sie von Bergmann, desto mehr Zahlen für unsre Bergarbeiter. Wie man angelebt der eisernen Regel und Arbeitsschafft des Bergbaus gerettet, ist in der Mutter der Menschlichkeit, diesem schwierigsten Teile unserer Mutter mit Schutzgesetzen zu Hilfe zu kommen. Sie müssen besserer Gesundheits- und Lebenszustand, sie wollen bessere Versorgung in kurzen Tagen und für die Zeit ihrer Qualität. Die Mutter der Knappenhafeklassen sieht schon seit Jahrzehnten auf die Tagesordnung.

Es ist das erste Mal, daß ein preußischer Bergarbeitertag zusammentritt. Zum ersten Mal finden sich auch auf einem Kongress die Bergarbeiterorganisationen der verschiedenen Mächtigkeiten zusammen. Warum auch nicht? Haben nicht im Generalsitz die Kameraden einmütig zusammen gekämpft, ohne daß parteilicher und konfessionell-religiöser Unterschied zu fragen? Möglicherweise auch über die verschiedenen Parteien der Tagesordnung verschiedenste Absichten getragen werden, im Grunde genommen kommen doch alle Delegierten nach Berlin, um nach bester Überzeugung das Wohl der Kameradschaft zu fördern. Wenn wir uns nur darüber eines Sinnes sind, dann wird die Tafel auch fruchtbringend sein. Der Bergarbeitertag wird im vollen Lichte der Öffentlichkeit verhandeln. Die Zentralkommission hat Einladungen ergeben lassen an die Vertreter der Regierung und an alle parlamentarischen Fraktionen des Landtages und Reichstages. Wir haben nichts zu verbergen, es ist uns sehr angenehm, wenn sich auch unsere entschiedensten Gegner, die Herren aus den Unternehmern, als Zuhörer zu dem Bergarbeitertag einfinden. Es handelt sich da nicht um leeres Demenziieren, sondern mit gewichtigen Tatsachen werden die Referenten und Delegierten die unabdingbare Notwendigkeit eines gründlichen Bergarbeiterchutzes beweisen. Die Männer der Praxis werden zu Wort kommen, die Vertreter von hunderttausenden Knappen wird durch Beispiele ausdrücken, wie sie sich die Hebung der Bergarbeiterlage denkt. Möglicher Bergarbeitertag dort gehört werden, wo er gehört zu werden wünscht. Glück auf!

Die unmenschlich lange Arbeitszeit

in den Schmelzereien auf den mitteldeutschen Braunkohlengruben wurde kürzlich vor dem Naumburger Schwurgericht aufgedeckt. Es handelt sich um fabriklose Brandfüllung, herbeigeführt dadurch, daß die Leute, Arbeiter einer Schmelze, gegen Mitternacht — nach achtmaliger Schicht! — eingeschlafen waren und so einen achtstündigen Brand nicht rechtzeitig unterdrückten. Die Angestellten wurden freigesprochen, weil selbst die Richter zugaben, daß nach einer achtstündigen Arbeitszeit die Müdigkeit einen Menschen wohl überwältigen kann. Diese 18 Stunden waren aber nicht etwa das Höchstmarsch des zu leistenden Pensums, vielmehr ist es in den Schmelzereien überhaupt Regel — ohne Ausnahme — daß die Leute einen Sonntag um den anderen eine „24“ machen, d. h. 24 Stunden ununterbrochen in der Arbeit stehen müssen. Diese Schmelzereien sind kontinuierliche Betriebe, solche Betriebe also, die ihrer Natur nach eine Unterbrechung nicht vertragen und darum Tag und Nacht, Sonntag wie Woche, Feiertags und immer im Gange erhalten werden müssen.

Wer je Gelegenheit gehabt hat, in den Abend- oder Nachmitten durch das Zeitz-Werkeinfelder Kohlenreiter zu kommen, wird hier und da ein plötzlich intensiv helles Aufleuchten bemerkt haben, wie von einer Explosion oder einem sehr rasch aufgehenden Feuer herrührend. Die Erhöhung, den Umgangswerten heitig erreichend, verschwindet ebenso rasch wieder wie sie gekommen, und alles ist so lautlos wie zuvor. Jenes Aufleuchten, von haushoch emporlodenden Flammen bewirkt, kommt von den Schmelzereien. Dies sind Betriebe, in denen besonders dazu geeignete, fetthaltige Braunkohle geschwelt, seufzen ausgebaut wird. Der glühende Rüttelstand, unter Rüttelfacken, hat beim Entleeren in eine mit Wasser gefüllte Grube das Aufleuchten der Flammen und somit jenes Aufleuchten hervorgerufen. Zum Betriebe einer Schmelze sind nur wenige Arbeiter nötig. Nehmen wir an, ein einfaches Haus mit sagen wir 11 „Zylinder“ bedarf nur eines Mannes zum Füllen der Zylinder, den sogen. Bodenarbeiter. Ein Mann bedient den Feuerungsrumpf, und zwei Männer ziehen unter dem Zylinder die Rüttelstände ab. Es sind die „Abzieher“.

Dies sind im allgemeinen die Arbeiter eines Schmelzereigebäudes. Meistens hantiert man aber zwei solche Händer zusammen zu einem „Doppelzylinder“, und wo es angebracht ist, wieder zwei oder mehrere solcher Doppelzylinder nebeneinander. Der hochragende Förderturm mit den nötigen Kessel- und Maschinenhäusern bildet dann die ganze Schmelzanlage, wie man sie bei Zwickau, Wildschönau, Deuben, Görlitz, Chemnitz, Zittau usw. sieht.

Die Arbeiter jener Schmelzereien, Bodenarbeiter, Feuerleute und Arbeiter, teilen sich in zwei Schichten, wovon jede abwechselnd Tage- und Nachschicht hat. Schichtwechsel findet morgens 6 und in der Regel abends 5 Uhr statt. Die Leute nun, welche diese Woche Tagesgeschäft hatten, arbeiten des Sonntags von morgens 6 bis Montagnacht 11 Uhr, also 24 Stunden ununterbrochen! Daravon Muß bis abends 5 Uhr, wo sie wieder zur Nachschicht antreten müssen. Das geht so Woche für Woche, Monat um Monat, jahrs um jahrs: keine Abwechslung; setzt das ewige Einerlei: Eine Woche Tages

Dabei ist die Arbeit keineswegs leicht. Um Gegenteil, sie ist schwer, einsam, ungabig abstimmbend. Die Bodenarbeiter haben täglich große Massen Kohle auf die Röhre zu schaufeln und darüber noch das nötige Quantum für die 24, wo die Förderung stattgefunden wird, dann werden viele Kameraden uns von vorne herein geholt, ohne zu wissen, was der Verband bezweckt. Es steht auf die Srite zu räumen. Nebenbei gibt es auch noch kleinste Arbeiten an den Röhren usw. Im Heuerungsraume herrscht eine oft unerträgliche Hitze, dazu stetige Schweißgase, eisende Beleuchtung und ein unerträglicher Geruch. Von irgend welcher bewußt angebrachten Ventilation keine Spur! Im Sommer ist ein Aufenthalt in diesen Räumen höchstens eine Qual.

Und nun erst die Abzücher. Sie verrichten ihre Arbeit im „Kollegium“; einem Gang, halb unterirdisch gemauert, wo sie den Mittelstand, den allgemeinen Fonds „abtilbeln“, in eisernen Wagen Körbe und den gesamten Inhalt dann in jene oben beschriebenen Gruben entleeren. Bei dieser Arbeit werden sie durch heißen Stand, Asche und Schwitz so schwitz, daß sie tatsächlich am ganzen Körper trocken gleichen. Sie müssen sich denn auch nach jeder Schicht baden.

Nun werden jene Grubenproletarier für ihre durchschnittlich 84 Stunden betragende Arbeitswoche wohl auch dementsprechend bezahlt? Wir wollen sehen. Bodenarbeiter bekommen pro 12 stündige Schicht 2,40—2,70, Heuerleute 2,60—2,90, Abzücher 2,70—3,00 Mk. Von den hier im Bericht von Schwelerien in betracht kommenden Gesellschaften sind es besonders die Werken-Wiesenhofe und die Sächsisch-Thüringische A.-G. für Braunkohlen-Verwertung, welche die niedrigsten Löhne zahlen.

Nehmen wir den oben angegebenen Maximalzettel von Bodenarbeiter 2,70, Heuerleute 2,90 und Abzücher 3,00 Mark als Durchschnittslohn, so ergibt sich ein Jahreseverdienst, das Jahr zu 860 Schichten berechnet für

| | | |
|---------------|---------|------|
| Bodenarbeiter | 972,00 | Mark |
| Heuerleute | 1044,00 | " |
| Abzücher | 1080,00 | " |

worin noch die gesetzlichen Abzüge für Krankenversicherung usw. abzurechnen sind.

Bei einem solchen Zölle ist es ohne weiteres einleuchtend, daß die Leute sich gegen die 24 stündigen Sonntagsarbeiten gar nicht wehren, bedürfen sie deren doch, um nur halbwegs vegetieren zu können. Ebenso dürfte es aber klar sein, daß die Leute bei dieser über alle Maßen eintönigen anstrengenden, in Tag- und Nachschicht zu vertretenden Arbeit physisch und geistig zu Grunde gehen müssen!

Die 24 stündigen Schichten sind vor mehreren Jahren schon auf dem Wege der Gelehrte unter anderen auch für die Kritiksfabrikation bestätigt worden. Es ist wirklich die höchste Zeit, daß auch in den Schwelerien endlich einmal hierin Wandel geschaffen und eine Arbeitszeit bestätigt, die jeder Menschlichkeit Zorn spricht. Dass von dem Unternehmertum in dieser Richtung freiwillig etwas geschieht, ist bei dem bekannten Standpunkte dieser Herren nicht zu erwarten. Um so mehr muß es Sache der Arbeitervertretung im Parlamente sein, daß sie sich der Materie annimmt, damit endlich mit der Ungeheuerlichkeit der 24 stündigen Schichten im Schwelerien aufgerückt wird.

M. H.

Kommissionen machen; nein, indem wir ihnen in besonderen häufigen Versammlungen unsere hohen Srite klar machen. Erhöhen wir aber unsere Beiträge so rasche, wie von vielen Seiten gefordert wird, dann werden viele Kameraden uns von vorne herein geholt, ohne zu wissen, was der Verband bezweckt. Es stehen Nützen lehren, ohne zu wissen, was der Verband bezweckt. Es steht vielfach daran hingewiesen, daß andere Gewerkschaften bedeutend höhere Beiträge zahlen als die Bergarbeiter. Aber alle Gewerkschaften sind schrittweise vorgegangen. Die Beiträge von 20 auf 30 Pfg. zu erhöhen, wäre meiner Ansicht nach ein Fehler. Gleichzeitig wirkt nur etwas Menschenkenntnis besitzen, werden diese Kameraden, welche generell haben. Ebenso bin ich nach der Meinung, daß wir eine Krankenunterstützung nicht einzurichten sollen; denn wie wir jetzt gelehrt haben, sind wir eine Kampfsorganisation und dies wollen wir auch bleiben. Unsere jetzigen Beiträge von 20 Pfg. pro Woche sind aber zu niedrig, um auch nur einen kleinen Fonds für einen neuen Kampf, wenn er nötig sein sollte, anzusammeln. Die Beiträge könnten deshalb auf 30 Pfg. erhöht werden; ebenfalls ist jedes Mitglied verpflichtet, monatlich mindestens zwei Streichmarken à 10 Pfg. zu leisten. (Der Raum dafür ist im Verbandsstift vorgesehen.) Doch mehr Streichmarken lieben will, kann es tun. Bei einer Mitgliederzahl von 150 000 würde hierzu schon in ganz kurzer Zeit ein glückliches Sammeln zusammen kommen. Wir müssen von unserer Gewerkschaftsversammlung, daß alles zum Wohle unserer Organisation geregelt wird. Glück auf!

H. W.

Beitragsbeitrag ganz gut durchführen. Hauptsächlich findet aber auch der Vorschlag, die Generalversammlung auf alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, Annahme, damit die Beschlüsse derselben in ihrer Wirkung besser erprobt werden können.

B. Weidner.

Der Ausgang des Streiks hat uns gezeigt, daß wir zu einem siegreichen Kampf nicht nur allein eine einzige, geschulte Truppe und solche, bewährte Führer, sondern auch einen ausreichenden Kriegsfonds haben müssen, besonders gegen einen so zusammengehörenden kapitalistischen Feind wie es der Bergbauliche Bereich ist. Nur aber einen solchen Kriegsfond zu schaffen, müssen wir unbedingt zu einer ganz bedeutenden Erhöhung unserer Beiträge übergehen und zwar so, daß mindestens 20 Pfennige pro Woche und Mitglied der Streikleitung überreicht werden können. Es wurde dies bei einer Mitgliederzahl von 150 000 wachstumlich zu 30 000 Mk., also jährlich 1 000 000 Mark ausmachen. Wir hätten somit in einem Zeitraum von 3—4 Jahren — aber wird nach meiner Ansicht wohl kaum an einem Streik zu betonen sein — ein Kapital zur Verfestigung durch welches uns möglich wäre, im Falle eines Streiks die Kameraden 7—8 Wochen zu unterstützen; allerdings dürfen nicht wieder wie bei dem jetzigen Streik auch die Unterstützten von diesem Kapital mit unterstützt werden, sondern nur diejenigen, welche auch die großen Opfer gebracht haben, und ist es Sache eines jeden Kameraden, die Kameradenschaft auf diese hinzuholen und sie zu einer Einheit in den Verband zu bewegen, den wir versetzen Ansicht wie B. W. in Nr. 9, wenn er sagt, der Verstand möge keinen Antrag zur Errichtung einer Krankenversicherung vom Präsidenten überreichen, denn nichts wird die Kuhhalterei einer alten Kasse deutlicher zeigen, als ein späterer eventueller langjähriger Streik. Wir haben gesehen, daß bei dem Ausbruch des Streiks eine große Zahl Kameraden sich frust meldete. Bei Beisehen einer Krankenversicherung würde sich diese Zahl noch unfehlbar vermehren, die Organisation müßte das Krankenverschiff auszahnen und das Kapital vom Preis zurückfordern. Da ja laut Statut bei einer Arbeitslosigkeit von vier Wochen keine Beiträge an den Verband abzuführen werden, der Raum dieser Kasse verbleiben. Alle Kameraden sind sich hier einig, daß die Beiträge erhöht werden müssen. Allerdings gibt es auch solche, die über einen großen Verlust der Kameraden nicht sicher leben, aber die Erfahrung bei anderen Organisationen (Metallarbeiter, Männer, Dreißigender usw.) haben gezeigt, daß sich bei einer Erfahrung der Beiträge die Zahl ihrer Mitglieder vermehrt hat. Also Kameraden, dies darf und durchaus nicht abschrecken, welche Beiträge zu erhöhen, auch dürfen die Opfer nicht gefordert werden. Die Knappenschafkasse hat ein Vermögen von etwa 80 000 Mark, welche zum größten Teil von den Kameraden aufgebracht wurden und zwar durch eine rasche Erhöhung der Beiträge, erst jetzt wieder bei der Kranenkasse von 1,6 auf 2 Prozent, welche aus einfachen Kostenablagen abgezogen werden, ohne daß man die Kranenkasse aufzuheben braucht. Deshalb Kameraden, seien wir nicht so kleinstlich und bringen wir auch nur halbwegs solche Opfer freiwillig im Interesse unserer guten Sache, als wir gezwungen dem Steuersack und der Knappenschafkasse bringen, dann bin ich überzeugt, daß wir bei einem späteren Kampf nicht wieder wegen Mängel an Unterstützung gezwungen den Kampf abbrechen müssen, sondern daß die gebrachten Opfer der Kameraden denselben auch reichlich Früchte bringen.

J. H.

Der nunmehr beendete Streik konnte die Position der Rechenbesitzer nicht erschüttern, um sie zum Nachgeben zu zwingen, was doch der Gegner zum großen Teil noch unorganisiert, unberüttelt waren. die Organisationen der Arbeiter ihrer geringen Mitgliedszahl und ihrer niedrigen Beiträge wegen nicht in der Lage, die Kämpfer zu materiell so zu unterstützen, wie das der Fall hätte sein müssen, sollten Erfolge erzielt werden. Eine so ungeheure Kämpferzahl an, die Dauer von 2—4 Monaten materiell durch Sanierung zu unterstützen, ist undenkbar. Aus diesen Gründen läßt sich schon allein die Notwendigkeit des Abbruchs des Streiks erklären, aber aus demselben Grunde sind auch ein Ausbau unserer Organisation und Erhöhung der Beiträge notwendig. Sind doch schon 30, 40 Jahre auch 50 Pfg. Wochenbeitrag bereits vorgeschlagen worden. Soll etwas positives geschaffen werden, so halte ich einen Wochenbeitrag von 60 Pfg. für erforderlich, doch aber dafür eine Begrenzung gesetzt zu werden muss, liegt auf der Hand. Die Einführung einer Krankenabgeldzuschlagskasse halte ich nicht für zweckmäßig, da hingegen über eine laufende Erhöhung des Sterbegeldes, eine jährliche Spaltungsumsatz von 10 Mark unter Zugrundelegung des heutigen Salzes würde jedenfalls auch einer Klassifikation der Mitglieder besser entsprechen würden, als eine Kranenkasse mit einer sechsmaligen oder gar jährlichen Klassenzzeit. Ebenso könnte man noch die Einführung von Klassifikationen für Beitragsrate, sowie Belehrungsunterstützung für ledige Mitglieder ins Auge fassen. Hauptsächlich kommen nicht die alten Einwohner gegen eine Beitragserhöhung wieder. Möge auf unserer diesjährigen Generalversammlung ein Geist herrschen, der alle kleinstlichen Gedanken verschucht, um Bahn zu schaffen für das Wohl aller Bergarbeiter.

Der vorflossene Streik hat uns gelehrt, daß ohne Geld kein erfolgreicher Krieg zu führen ist, daß darum die Beiträge erhöht werden müssen, steht für jeden, der einigermaßen über die Sachlage zu berichten weiß. Aber wie sollen die Beitragserhöhungen stattfinden? Mit dem bisherigen Modus, auch wenn wir die Beiträge verdoppeln, kommen wir nicht schnell genug vorwärts, dann haben wir erst in 15—20 Jahren einen Kriegsfond angesammelt, der einigermaßen von Bedeutung wäre. Aber welche eine lange Zeit! Wir müssen einen Fonds aufzusammeln, so schnell und so reichlich wie nur eben möglich, damit wir in kurzer Zeit den Prothesen den Fehdehandelskampf von neuem hinwerfen können. Beim letzten Streik war ja wie die „Mh.-West.“ Btg. sich ausdrückte, die Verstärkung nahe der angehäuften Vorräte wieden nicht mal verschwinden, darum muß in Zukunft mit einem langen Kampf gerechnet werden. Die Erfahrung lehrt auch, jeder will Unterstützung haben, ob er es unbedingt zum Lebensunterhalt braucht oder nicht, es wird einfach gesagt: „Die Unterstützung steht jedem zu und ich will sie auch haben.“ Diese Parole lautet: „Hilf dir selber, so hilft dir Gott!“ Und jöglich sind wir gezwungen, einen Kriegsfond zu sammeln, der für 5—6 Monate reicht, aber dem Arbeiter auch auch die Gewähr geboten werden, daß er das Geld in vollem Betrage, welches er einzahlte, auch wieder zurück erhält. In diesem Punkte will ich einen Vorschlag machen: Jedes Mitglied um eine Mark Eintrittsgeld zu zahlen und einen monatlichen Beitrag von 5 Mark. Das Eintrittsgeld geht natürlich jedem verloren, er bekommt nur das eingezahlte Kapital nach einer Frist von 3—4 Jahren zurück, ausgenommen er müßte sterben. Von dem Eintrittsgeld, Bünsen und Rentenabonnementzulässigkeiten können wir die Verwaltungskosten decken. Dann sind wir auch in der Lage, jedem das eingezahlte Geld voll zurück zu erstatten, ohne Bünsen natürlich. Wir haben dann in 3—4 Jahren einen Fonds von 18—25 000 000 Mk. und dann wird das Prozentum es schwerlich zum Kampf kommen lassen. Diesen Fonds müssen wir unbedingt so schnell wie möglich anstreben, um in jedem Fall stark genug zu sein, die jetzt erlebte Scharte wieder auszuweichen.

Alle inneren Einrichtungen wie Sterbegeld, Arbeitslosen-, Gewahrsamegelistenunterstützung und Krankengeld können laut Statut ruhig fortbestehen, alle geleisteten Unterstützungen werden vom eingezahlten Kapital in Abzug gebracht. Nehmen wir uns ein Beispiel an England, welches ein Vermögen besitzt, wogegen wir uns schamen müssen.

Mit Glück auf.

H. H.

Mit dem Beschuß der Essener Bergarbeiterkonferenz, den Beitrag auf 30 Pfg. zu erhöhen, wäre ich für meine Person vollständig einverstanden; vorläufig müssen wir aber mit der großen Massenrechnen, die da fragt: Was leistet der Verband dafür? Wenn nach dem Streik, wo sich unsere Kameraden in gehobener Stimmung befinden, jemand beantragt hätte, den Beitrag auf 1 Mark zu erhöhen, so wäre dies ebenso einstimmig beschlossen worden, wie auf 50 Pfg. Wir werden es auf der Generalversammlung wieder erleben, daß der größte Teil der Delegierten sogar gegen den Vorstandsvorschlag, den Beitrag auf 30 Pfg. pro Woche zu erhöhen, stimmen werden. (?) Wir hätten heute schon einen höheren Beitrag, wenn sich unsere Kameraden im Ruhrrevier nicht immer mit Händen und Füßen dagegen gewehrt hätten. Hauptsächlich sind sie durch den Streik zu einer besseren Einsicht gekommen, was mit Freunden zu begreifen wäre.

Wenn ich mich in diesem Jahre für einen so großen Sprung von 20 auf 50 Pfg. nicht erwärmen kann, so möchte ich eine Erhöhung des Beitrages auf 40 Pfg. in Vorschlag bringen. Dann müßte der einzuführende Krankenzuschuß nicht von der dritten Woche, wie der Vorstand vorschlägt, sondern, wie bei allen Krankenkassen, vom vierten Tage an zur Auszahlung gelangen. Die Auszahlung des Sterbegeldes müßte statthaft erfolgen, z. B. bei 26wöchentlicher Beitragsleistung 30 Mark, bei 52wöchentlicher 40 Mark, sodass der höchste Beitrag von 50 Mark erst nach dreijähriger Beitragsleistung zu zählen sein würde. Auch mit dem jetzigen Modus der Auszahlung der Arbeitslosenunterstützung, die erst mit der dritten Woche beginnt, kam ich nicht einverstanden erklärten. Viele Braunkohlengruben und chemische Fabriken haben wöchentliche Lohnzahlung und wäre es nicht mehr wie recht und billig, daß diesen Leuten schon vom siebten Tage ihrer Arbeitslosigkeit die Unterstützung zukommt. Diese Unterstützung müßte nach ökonomischer Möglichkeit in Höhe von 1 Mark 36 Tage lang gewährt werden, für jedes weitere Jahr 10 Pfg. mehr, so daß bei einer fünfjährigen Mitgliedschaft der Höchsttag von 1,50 Mark pro Tag erreicht wird. All diese Verbesserungen ließen sich mit 40 Pfg.

Ich fühle mich veranlaßt, zur geplanten Beitragserhöhung einiges zu schreiben. Es wird besonders in den gut organisierten Bezirken viel Propaganda gemacht für eine Beitragserhöhung von 20 auf 50 bzw. 40 Pfg. Ich für meine Person würde lieber sehen, wenn wir eine Mark zahlen. Wie ist es aber mit den meisten Kameraden, besonders mit denen, welche erst durch den Streik zum Eintritt in den Verband bewogen wurden? Viele Kameraden sagen: „Wer nicht mehr zahlt, kann sich wieder freikaufen.“ Das ist meiner Ansicht nach zu radikal gehandelt. Wir müssen vor allen Dingen sorgen, daß die neu gewonnenen Kameraden treu bleiben. Nicht, daß wir Leuten, welche nur auf direkten Vorteil hoffen, dem Ver-

Beitragbeitrag ganz gut durchführen. Hauptsächlich findet aber auch der Vorschlag, die Generalversammlung auf alle zwei Jahre stattfinden zu lassen, Annahme, damit die Beschlüsse derselben in ihrer Wirkung besser erprobt werden können.

B. Weidner.

Der Ausgang des Streiks hat uns gezeigt, daß wir zu einem siegreichen Kampf nicht nur allein eine einzige, geschulte Truppe und solche, bewährte Führer, sondern auch einen ausreichenden Kriegsfonds haben müssen, besonders gegen einen so zusammengehörenden kapitalistischen Feind wie es der Bergbauliche Bereich ist. Nur aber einen solchen Kriegsfond zu schaffen, müssen wir unbedingt zu einer ganz bedeutenden Erhöhung unserer Beiträge übergehen und zwar so, daß mindestens 20 Pfennige pro Woche und Mitglied der Streikleitung überreicht werden können. Es wurde dies bei einer Mitgliederzahl von 150 000 wachstumlich zu 30 000 Mk., also jährlich 1 000 000 Mark ausmachen. Wir hätten somit in einem Zeitraum von 3—4 Jahren — aber wird nach meiner Ansicht wohl kaum an einem Streik zu betonen sein — ein Kapital zur Verfestigung durch welches uns möglich wäre, im Falle eines Streiks die Kameraden 7—8 Wochen zu unterstützen; allerdings dürfen nicht wieder wie bei dem jetzigen Streik auch die Unterstützten von diesem Kapital mit unterstützt werden, sondern nur diejenigen, welche auch die großen Opfer gebracht haben, und ist es Sache eines jeden Kameraden, die Kameradenschaft auf diese hinzuholen und sie zu einer Einheit in den Verband zu bewegen, den wir versetzen Ansicht wie B. W. in Nr. 9, wenn er sagt, der Verstand möge keinen Antrag zur Errichtung einer Krankenversicherung vom Präsidenten überreichen, denn nichts wird die Kuhhalterei einer alten Kasse deutlicher zeigen, als ein späterer eventueller langjähriger Streik. Wir haben gesehen, daß bei dem Ausbruch des Streiks eine große Zahl Kameraden sich frust meldete. Bei Beisehen einer Krankenversicherung würde sich diese Zahl noch unfehlbar vermehren, die Organisation müßte das Krankenverschiff auszahnen und das Kapital vom Preis zurückfordern. Da ja laut Statut bei einer Arbeitslosigkeit von vier Wochen keine Beiträge an den Verband abzuführen werden, der Raum dieser Kasse verbleiben. Alle Kameraden sind sich hier einig, daß die Beiträge erhöht werden müssen. Allerdings gibt es auch solche, die über einen großen Verlust der Kameraden nicht sicher leben, aber die Erfahrung bei anderen Organisationen (Metallarbeiter, Männer, Dreißigender usw.) haben gezeigt, daß sich bei einer Erfahrung der Beiträge die Zahl ihrer Mitglieder vermehrt hat. Also Kameraden, dies darf und durchaus nicht abschrecken, welche Beiträge zu erhöhen, auch dürfen die Opfer nicht gefordert werden. Die Knappenschafkasse hat ein Vermögen von etwa 80 000 Mark, welche zum größten Teil von den Kameraden aufgebracht wurden und zwar durch eine rasche Erhöhung der Beiträge, erst jetzt wieder bei der Kranenkasse von 1,6 auf 2 Prozent, welche aus einfachen Kostenablagen abgezogen werden, ohne daß man die Kranenkasse aufzuheben braucht. Deshalb Kameraden, seien wir nicht so kleinstlich und bringen wir auch nur halbwegs solche Opfer freiwillig im Interesse unserer guten Sache, als wir gezwungen dem Steuersack und der Knappenschafkasse bringen, dann bin ich überzeugt, daß wir bei einem späteren Kampf nicht wieder wegen Mängel an Unterstützung gezwungen den Kampf abbrechen müssen, sondern daß die gebrachten Opfer der Kameraden denselben auch reichlich Früchte bringen.

J. H.

Gesellschaftswirtschaftliche Mundtänze.

Aus dem Genossenschaftswesen. Die Großindustriegesellschaft Deutsche Körnungsmühle (Sitz Hamburg) hat im Jahre 1901 einen Umsatz von rund 34 Millionen Mark erzielt. Wir geben nachstehend den Umsatz in den letzten Jahren. Der Umsatz betrug 1902 21 568 640,71 Mark, 1903 20 445 88,54 Mark, 1904 20 629 406,66 Mark. Wiederum ist, daß das Produkt der Großindustriegesellschaft in der alten Weise andauert. Es bringt 1902/03 4 877 880,23 Mark über 22,6 Prozent, 1903/04 7 483 517,12 Mark über 28,8 Prozent.

Soziale Rechtsprechung und Arbeiter-Sicherung.

Über die Bedeutung der Arbeitersekretariate sagt der Nürnberger Arbeitersekretär u. a.: „Das Nürnberger Arbeitersekretariat hat bisherrechnen gewis nicht nur in Deutschland, sondern auch in Österreich. Deutschland hat zurzeit 53 Arbeitersekretariate, bei denen Einheiten in den meisten Fällen das Nürnberger Institut Geburtsstube geleistet hat. Das Zentral-Arbeitersekretariat wurde noch nicht benutzt, da unsere Klarisse zu bearbeiten sind, daß eine persönliche Vertretung vor dem Reichsversicherungsamt nicht notwendig ist. Anders als im Falle steht die Wirtschaft des Sekretariats dagegen, hat es sich entwickelet. Es sollte vorwiegend sein: eine Zentralstelle für Auszahlung der Reiseunterstützung, ein Zentral-Arbeitsnachweis, es sollte statistische Erhebungen aller Art pflegen usw., aber schon bald stellte sich heraus, daß die Auslastung der Zelle in Anspruch nahm. Es wird es auch bleiben. Die Arbeitersekretariate werden Rechtschaffeneinrichtungen und bilden den Übergang zu unentstehlichen Rechtschaffnen für jedermann. Ihre Bedeutung und ihr Nutzen läßt sich nicht in Ziffern ausdrücken. Nicht zu unterschätzen ist ihr Einfluß auf die Entwicklung der Sozialreform. Die Jahresberichte werden von der Partei- und Gewerkschaftspresse, von bürgerlichen Soziopolitikern und von unseren Vertretern in den Parlamenten als Material benötigt. Die Sekretariate würden in dieser Richtung noch mehr leisten, wenn sie immer zu gleicher Zeit ihre Aufmerksamkeit in der Haupthand auf eine bestimmte Frage konzentrierten würden, z. B. in dem einen Jahr auf die Unfallversicherung, in dem anderen auf die Krankenversicherung, das Dienstbotenleben usw. Dazu bedürfte es aber der Verständigung und gegenseitigen Aussprache unter den deutschen Arbeitersekretariaten. Die Entwicklung der Sekretariate ist keineswegs abgeschlossen, sie müssen bis jetzt den Bedürfnissen der Arbeiter anpassen, wenn sie sich auch für deren Unterstüzung sichern wollen.“

Aus den Berggewerbegerichten.

Eugen-Oelschitz. Bergschiedsgerichtssitzung vom 19. März 1903. Der Lehrhauer Niels in Röditz lagt gegen die Knappenschafkasse von Boden-Hohndorf Vereinigung wegen Gewährung von Sterbegeld. Kläger hatte nach Aussage des Vertreters der Berglager Obersteiger Schäfer und Steiger Schäfer in der Sonnabend-Nachtjacht am 14. Januar gegen 1 Uhr mit einem Kameraden die Arbeit eingestellt ohne Angabe von Gründen und einen Ausweis zum Ausscheiden vom Steiger Schäfer selbst mit 36 Grad bezeichnet wurde, bei erstaunlich geworden, weil dann bei der großen Schnellerei die Schäfer noch sauf genannt wurden. Auch erklärte Niels nach Beendigung der Bergarbeit den Beisitzer der Arbeitnehmer, daß am darauffolgenden Montag die Arbeit vor diesem Ort gänzlich eingestellt werden sollte. Niels hat daran noch 2 Tage gearbeitet und dann den Arbeitskollegen verlangt, wegen Verdachts der Simulation gegebeben wurde. Der Arzt, Herr Dr. Frazek, hat ihn auch für tot befunden, klaut jedoch, ohne sich abgenabelt zu haben, des Arbeitshauses verlassen angeblich wegen ungenügendem Essen und Zusammensein mit Kameraden seine Krankheit eine ansteckende sei. Die Sache wurde vertragt und der Vertreter der Kasse beauftragt, ein anderweitiges ärztliches Zeugnis beizubringen, um festzustellen ob Niels gegenwärtig noch lebt. Einpruch auf Sterbegeld habe. — Der Gauer Schiedsgerichtsamt legt gegen die Berufszensenschaft Section VII auf Gewährung von Erhöhung seines Sterbegeldes bei Beginn der fünften Krankheitswoche. Er hatte einen Unfall durch ein Stück Berg, welches ihn auf beide Beine gedauert hatte. Er wurde vom Bergsieden zum zweitenmal dahin belehrt, daß in solchen Fällen nicht die Berufszensenschaft sondern die Werkstätte zahlungspflichtig sei und zog seine Berufszensenschaft aus. Kämmerer

die Allgemeine Gewerkschaftsgesellschaft auf Erstellung der Angehörigen unterbringung in Höhe von 70 Ml. 93 Tg., während der Dauer seiner Aufenthalts in den Heilstätten Albrechtsberg. Da in solchen Fällen vorausgesetzt werden muss, dass eine Versetzung zu erwarten ist, welche die Weiberaufnahme der Arbeit bedingt und die Kosten ihm schon weit entgegen kommen würden, indem sie ihm die Ausbildungspflicht mit Bezugnahme vom ersten Tage der Erkrankung ab bewilligt hätte, so bestand eigentlich kein Recht zu klagen. Der Vorstande der Stoffe erklärte sich bereit, dem Kläger weiter entgegenzutreten und bewilligte ihm noch einen berücksichtigen Teil von genannter Ausbildungspflicht, der Rest soll ihm in schmälerer Weise eingeschlossen werden. — Der Bergarbeiter August Friedrich in Mitteldeutschland gegen die Gewerkschaft Deutschland in Elberfeld auf Ausschluss von Münzabgängen seitens d. R. batte sich gegen die Bestimmung in § 80a Absatz 4 des Berggesetzes vergrungen, wonach er wiederholt unordentlich im Aufnahmen gewesen ist, er kommt sonach nicht erreichen und zog nach Belohnung seine Petition zurück. Sein Abgangszeugnis lautet auf fröhliche Absicht und hundert ihn bestehend nicht in seinem weiteren Fortkommen. Auch hier wäre eine bessere Einsicht in die gesetzlichen Bestimmungen am Platze.

Meldungen aus der Montanindustrie.

Neben den Umsatz des Kalkindustrie im Jahre 1904 schreibt der Geschäftsbericht der Gesellschaft Karlsruhe: "Das abschließende Geschäftsjahr hat trotz der sich über die ganze erste Hälfte des Jahres erstreckenden Syndikatverhandlungen und der dadurch herbeigeführten Wissensscheit auf dem Kalkmarkt, von der zeitweisen Übertragung des Flußschiffahrt abgesehen, in fast allen Gruppen eine erhebliche Abgangszahl ergeben:

| 1904 | 1903 | gegen 1903 |
|---|--|-------------------|
| dz | dz | dz |
| Kalkostium A 80% K Cl. 2 171 200,00 | 1 891 000,00 + 229 104,98 | |
| Geschießt. Kalk 80% K ₂ SO ₄ 801 484,81 | 284 007,24 + 7 597,67 | |
| Kalkmagneia 4% K ₂ SO ₄ 270 720,68 | 222 059,26 + 56 761,68 | |
| Schwefel-Kalkmagneia 5% K ₂ SO ₄ 7 749,16 | 7 775,58 - 28,42 | |
| Kalkbinder 30% K ₂ O 140 013,-- | 88 711,60 + 58 201,50 | |
| Kalkdungsalz 20%, 30% und 40% K ₂ O | 1 821 601,01 1 534 152,04 + 287 688,07 | |
| Kalkdungsalz der Gruppe III 18 728 03,-- 14 818 705,15 + 2 411 317,98 | | |
| Alektit in Blöcken IV 870 50,-- 822 040,70 + 58 209,30 | | |
| " " Salzgitter und gem. 204 713,00 236 001,00 + 32 021,00 | | |
| Auf reines Kalk umgerechnet, bestellt sich der Kalk in 1904 auf 4 110 616,81 dz gegen 3 583 288,10 dz in 1903, mittler ist eine Zunahme von 1 526 337,71 dz (= 16,6 %) zu verzeichnen. Diese Steigerung entspricht einem Mehraumsatz von ca. 0 Millionen Mark." | 4 020,- | 5 391,05 - 855,00 |
| | | |
| Auf reines Kalk umgerechnet, bestellt sich der Kalk in 1904 auf 4 110 616,81 dz gegen 3 583 288,10 dz in 1903, mittler ist eine Zunahme von 1 526 337,71 dz (= 16,6 %) zu verzeichnen. Diese Steigerung entspricht einem Mehraumsatz von ca. 0 Millionen Mark." | | |
| | | |
| Der bayerische Bergbau im Jahre 1904 wird in dem sehr erweiterten Bericht der Bergbehörde bestanden, der viele noch besondern würdigten. Es betrifft die Produktion an Steinkohlen in 1 342 086 Tonnen gegen 1 086 665 Tonnen im Vorjahr; sie hat sich aber um 14 470 Tonnen vermehrt. Eine Mindestförderung hatten die oberbayerischen Werke von 64 821 Tonnen, die oberfränkische Steinkohlengrube zu Stolzenhofen von 9006 Tonnen, zusammen also von 63 817 Tonnen einer Mehrförderung der pfälzischen Werke von 60 347 Tonnen gegenübersteht. Die Mindestförderung der oberbayerischen Werke war veranlasst durch die ungünstigen Abfallverhältnisse infolge der milden Witterung während der Wintermonate des Jahres 1904 und des hier durch vermehrten Verbrauch an Haushaltstafeln, es welche die oberbayerische Rohr zum Teil verwendung findet. Die Mindestförderung der oberfränkischen Werke hat ihren Grund in der großen Nachfrage nach Steinkohlen besonders von Auswärts, es partizipieren an der Förderung so gleichermaßen die öter größeren Steinkohlengruben, während die ganz kleineren eine Mindestförderung zu verzeichnen haben. Die Braunkohlenproduktion weist im Jahre 1904 eine bedeutende Mehrförderung aus; sie betrifft 58 617 Tonnen gegen 25 189 Tonnen im Vorjahr, bemerkbar um 23 228 Tonnen mehr. Diese Mehrförderung ist herbeigeführt durch den Eintritt einer Braunkohlengrube in Unterfranken in Förderung, welche allein 28 888 Tonnen betrug, während bei den oberpfälzischen Gruben nur eine geringe Steigerung der Produktion stattgefunden hat. Auch die Produktion an Eisenenzen hat im Jahre 1904 eine nennenswerte Steigerung erfahren; es wurden 177 802 Tonnen gewonnen gegen 169 689 Tonnen im Vorjahr, d. i. um 17 903 Tonnen mehr, ebenfalls infolge davon, dass eine neue Grube in der Oberpfalz in Förderung kam. Im Jahre 1904 standen im Betrieb: 14 Steinlokale, 7 Braunkohlen-, 80 Eisenzerg., 8 sonstige Erz-Gruben und 1 Steinziegelbergbau, zusammen 66 Bergwerke, sowie 298 unterirdische Steinkohlen- und Gräberwerke. Auf diesen 348 Werken waren beschäftigt 3270 erwachsenen männlichen Arbeiter, 802 erwachsenen Arbeitern, 298 Jungen von 14--16 Jahren, 48 Mädchen von 14--16 Jahren und 3 Mädchen von 13--14 Jahren, zusammen 10 647 gegen 10 276 im Vorjahr. Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Arbeiter betrug die Zahl der erwachsenen Arbeiter 93,08 Prozent gegen 98,84 Prozent im Vorjahr. Die jugendlichen Arbeiterinnen 8,43 " 8,02 " " " . | | |

Jugendliche Arbeiter 8,00 " 2,74 " " "

Arbeiterinnen 0,46 0,87

Zus. der Statistik der Betriebsunfälle in den drei Berginspektionsbezirken ergibt sich, dass in den Steinkohlengruben bei einer Gesamtbelegschaft von 7762 Mann 15 tödliche Verlegungen, bei der Gewinnung anderer Mineralien, an denen insgesamt 2795 Mann beteiligt waren, fünf tödliche Verlegungen entstanden.

Die Bergwerksindustrie in Transvaal im Jahre 1904. Wie der belgische Generalrat in Johannesburg mitteilt, hat das Jahr 1904 für die Bergwerksindustrie in Transvaal besser gerehnt, als man erwartet hatte. Die Minen, die in den letzten Jahren erheblich unter dem Mangel an Arbeitskräften gelitten hatten, haben durch den Zugang von Chinesen und deren Verwendung als Arbeitskräfte einen Aufschwung genommen. Während am 1. Januar 1904 in sämtlichen Minen, einschließlich des Kobalts, Binni und Kupferbergwerkes, nur 92 247 Arbeiter tätig waren, zählte man am 31. Dezember d. J. 124 820 Arbeiter, vorunter sich 21 000 Chinesen befanden. Die Goldproduktion Transvaals erreichte in verflossenen Jahre mit einem Werte von über 16 Millionen Pfund Sterling (1 Pfnd. Sterl. = 20 Mark) die Höhe des guten Produktionsjahrs 1898. Das Jahr 1903 hat gut begonnen; man hofft, dass die diesjährige Goldproduktion bis den vorhergehenden Jahre über-

steigen wird. Durch den Gewerkschaften gelungen, kost einige Verbesserungen abhängen zu können und Mitglieder einzurichten. Aber kaum, dass Fabrikanten geglaubt sind, fängt man wieder bei Unternehmern an, die diese zum Nutzen zu bringen und wie sie sich dessen machen, dass man mit Entlassung. Als beschädigter Schauspieler erzeigt sich der Direktor Möller vor der Brüder Schauspiel, deren Hauptaktion der Kommerzienrat Voigt, Doktor ist. Dieser Herr hat es bei der Eröffnung nicht allein bewirken lassen, sondern hat eine Anzahl Gewerkschaften mit Sicherheit entlassen. Die Arbeiter wollen aber an ihrer Organisation festhalten und so haben sie durch den Gewerkschaftsrat die Rückzugsmauer errichtet, und verhindert, dass die Gewerkschaften sich nicht mehr mit dem Kapital identifiziert. Auch sieht man wieder, dass das Kapital keinen Platz aus für Christliche oder unchristliche Organisationen nimmt. Sämtliche Gewerkschaften vereinen sich am Freitag im Bücherei beteiligt, wischen die sotheologische Erziehung gegen ihn vielfach nicht so dass die Gewerkschaften beteiligt sind. Doch ist die Gewerkschaften nicht voll. Die überwiegende Mehrheit der Fabrikanten wird von Personen gefüllt, die ganz ungebildet sind, zudem halten sie die Einrichtungen dieser Fabrikanten nicht so nachhaltige Art aus, weder in technischer noch sanitärer Beziehung. Nicht genug damit, ist der Arbeiter auch rechtlos. Wenn er zum Fabrikinspektor als Privatperson, so erklärt er Entlassung, erscheint er als Delegierter, so behandelt ihn die Polizei als Räuberlicher und schleift ihn ab. Dabei haben die Arbeiter kein Versammlungsrecht, wo sie sich über ihre Angelegenheiten beraten können, in der Fabrik dürfen sie sich nicht zusammenfinden und auf der Straße treibt sie die Polizei aus. Auch die Fabrikleiter müssen nichts von Geschwindigkeit wissen, freilich sind diese Väter meistens Großmänner, Gießdirektoren (weil die Besitzer ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Fabrikinspektion von sich abwälzen wollen). Ann. d. B.), die 50 Rubel monatlich erhalten. Selbst der Fabrikinspektor findet bei ihnen kein Gehör, wenn er berechtigte Beschwerden der Arbeiter vorbringen will, und so bleibt ihm nichts anderes übrig, als diese auf den Prozessweg zu verweisen, der aber zu lange dauert und führt den Arbeiter zu kostspielig ist. Weiter ständig sind auch die Klagen über die Mängel der Meister, die, selbst aus Arbeiterselben hervorgegangen, ihre früheren Kameraden gern schikanieren und vor allem Weichen fordern. Auch ist die Festsitzung des Stadtkonkurs meist in ihren Händen, unbestimmt darum, ob sie kompetent dazu sind oder nicht, und da die Meister sich nur stets bei ihren Herren lieb führen wollen, so sehen sie den Altkonkurs gerne herab. Diese Verabsiedlung ist besonders im Winter beliebt, so dass der Arbeiter zu Liebesstunden gezwungen wird, ohne sich dadurch zu verbessern; denn er macht die Erfahrung, dass mit seltner gesteigerten Produktion der Lohn doch nicht Schritt hält. Mit einem solchen System ist ein Fortschritt der Industrie unvereinbar.

Dann behandelte der Bericht die Frage des Altkonkurs. Die Arbeiter entschuldigen sich damit, dass die Zahl der amtlichen Schnapsläden zu groß sei und sie keine Vergnügungshäuser hätten. In der Tat besitzt Wossau bei 170000 Arbeitern nur ein Volkstheater mit 800 Plätzen und dieses gibt obendrein nur Opern. Auch in den Arbeitertümern fehlt es den Arbeitern an Erholungsläden. Ost misst dreit bis stinkhundert Arbeitern ihre Mühezeit im gemeinsamen Schlafraum zu bringen und dazu bei einer Belebung, die das Leben unmöglich macht.

Schließlich gaben die Fabrikinspektoren aus den Darlegungen ihre Folgerungen. Ganzlich konstateren sie, dass das Gewerbegebot, dass ihre Funktionen regelt, vollständig veraltet ist. Dann heißt es weiter: Die Streikbewegung hat einstweilen aufgehört, weil die Konjunktur für die Arbeiter ungünstig war; bestellt sich diese, so kommt die Bewegung von neuem auf. Die Notwendigkeit von Reformen ist unabsehbar, um neue Lohnsätze ungeschäftlich zu machen. Vor allem müssen Einigungsämter geschaffen, Vereins- und Koalitionsfreiheit eingestellt und das Gerichtsverfahren verkürzt werden. Dann muss das Kulturniveau der Arbeiter durch Einführung des obligatorischen Schulunterrichts und Wegräumung aller Hindernisse gehoben werden, die jetzt die Errichtung von Fortbildungsschulen jeder Art erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Zum Schluss weisen auch die Fabrikinspektoren darauf hin, dass ohne Reformen der russische Arbeiter und somit die russische Industrie nicht konkurrenzfähig werden könnten.

Amerikanischer Bergarbeitermord.

Die sich erschreckend häufenden großen Grubentotstropfen in Nordamerika zwingen zu dem Schluss, dass in dem Amerikanischen Großkapitalistischen Wirtschaftsstaat das Bergarbeiterleben verflucht wenig gilt. Einige der Massenunfälle folgende Gerichtsprozesse haben vorberechtige Zustände im Grubengeschäft entblößt, so dass auch amerikanische Blätter von Errichtung der Bergläufe schreiben. Nun hat der amerikanische Bergtechniker Frederick C. Hoffmann in einer Abhandlung über die Bergarbeiterunfälle in den Vereinigten Staaten von Nordamerika veröffentlicht, eine furchtbare Anklageschrift gegen die dortige menschenmörderische Grubenwirtschaft. Dem Verfasser war es nur schwer möglich, von den einzelnen Verhören die notwendigsten Angaben zu erhalten. Die Staatsbehörden von Kentucky und Maryland verweigerten überhaupt die Auskünfte.

Abgesehen von diesen beiden Staaten fanden im Jahre 1903 1760 in den Kohlengruben beschäftigte Bergleute den Tod. Die Totestraten 3,19 auf je 1000 beschäftigte Grubenarbeiter gegen durchschnittlich 2,94 in dem Jahrzehnt 1894/1903. Nur gegenüber dem Jahre 1902, in dem die Rate eines täglich verlaufenen Unfalls sich auf 3,49 per 1000 beschäftigte Arbeiter stellte, war eine geringe Verbesserung zu bemerken. Aber die Rate 3,19 per 1000 ist noch viel zu hoch, besonders in Abhängigkeit der Mittel zur Verhütung von Grubenunfällen.

Hoffmann erklärt, dass die amtlichen Grubenbeamten, das sind 1700, nicht die gesamte Zahl aller tödlich verflossenen Grubenunfälle darstellen. Denn abgesehen davon, dass die Unfallziffern aus Kentucky und Maryland vollständig mangeln, sind auch keine Angaben aus den kleinen Gruben vorhanden, die nicht der amtlichen Kontrolle unterstehen. Ebenso werden Fälle, in denen erst nach längerem Siechtum der Bergungsfälle steht, gewöhnlich von den Grubenbeamten den staatlichen Behörden nicht gemeldet. Bleibt man all' dies in Betracht, so dürfte tatsächlich die Zahl der in den Kohlengruben Umgekommenen um 5--10 Prozent höher sein als die amtlichen Ziffern.

Bei weitem die meisten tödlichen Unfälle ereigneten sich im Jahre 1903 in Pennsylvania. In den Hartkohlengruben kamen 518 Bergleute bei der Arbeit um und in den Weichkohlengruben deren 402. Bergarbeiter am häufigsten waren die Männer in New-Jersey, im Indianerterritorium, Washington, Colorado und West-Virginia, und zwar über vier Fälle auf je 1000 beschäftigte Arbeiter. Am niedrigsten war die Rate in Iowa und Missouri und in allen anderen Staaten über zwei Fälle auf je 1000 beschäftigte Bergarbeiter. Es unterliegt keinem Zweifel, dass die Unfallziffer in allen Staaten ohne sonderliche Schwierigkeiten auf die niedrigste Rate heruntergeschaetzt werden könnte, sofern die Grubenbesitzer den festen Willen dazu besäßen.

Um dem Leser einen Vergleich über die Zahl der in den Gruben Nordamerikas umgekommenen Bergleute zu ermöglichen, seien hier die betreffenden Ziffern angeführt:

| Jahr | Zahl der Arbeiter | getötet | oder per 1000 |
|-------|-------------------|-----------|---------------|
| 1894 | 885 579 | 957 | 2,48 |
| 1895 | 895 549 | 1057 | 2,67 |
| 1896 | 401 874 | 1120 | 2,79 |
| 1897 | 405 438 | 947 | 2,84 |
| 1898 | 405 800 | 1049 | 2,59 |
| 1899 | 416 598 | 1243 | 2,98 |
| 1900 | 480 670 | 1493 | 3,24 |
| 1901 | 492 529 | 1504 | 3,24 |
| 1902 | 524 028 | 1828 | 3,49 |
| 1903 | 551 874 | 1760 | 3,19 |
| Total | | 4 439 632 | 13 048 |
| | | | 2,94 |

Über dreizehn tausend Bergleute wurden also in einem Zeitraum von zehn Jahren getötet.

England. Die Berggewerkschaftsleitung der englischen Bergleute hat jüngst wieder einen Purzelbaum geschlagen, wovor uns in Deutschland doch der Teufel bemächtigt möchte. Vorige Woche stand im Unterhaus (Vorstand) eine Bill zur Beschränkung der unterirdischen Beschäftigung jugendlicher Arbeiter in den Kohlengruben auf 8 Stunden pro Tag zur Beratung. Das bestehende Gesetz verbietet nämlich solche Beschäftigung nur für Kinder bis zu 13 Jahren, von diesem Alter ab bis zu 16 Jahren ist der unterirdische Arbeitstag auf 10 Stunden beschränkt. Von 16 Jahren an dürfen die jugendlichen Arbeiter so lange beschäftigt werden, wie sie die Unternehmer wollen — wollen. Die gesamte Zahl der so beschäftigten Jungen im Alter von 13--18 Jahren ist unbekannt; dagegen beläuft sich die Zahl der im Alter zwischen 13 und 16 Jahren unterirdisch beschäftigten Arbeiter auf 44 000. Die Bill stellt nun die ganz bestreite Forderung, dass der Schutzausschuss von 16 auf 18 Jahre zu erhöhen — also dem Begriffe jugendlicher Arbeiter dieselbe Auslegung zu geben, wie in allen anderen

Wiss. den Unternehmerverbänden.

Terrorismus der Unternehmerverbände.

Die Herren, denen das Strafregister nicht genügt gegen den Terrorismus der Gewerkschaften, zwangen selbst einschärflos den von ihnen abhängigen ihren Willen auf. Die vom Kohlensyndikat bezogene Kohlenkontor hat nun auch den Betrieb eingestellt, als dass die Gewerkschaften nicht gegen sie wenden würden. Das Kohlenkontor hat nun auch den Betrieb englischer Pflastersteinen an sich gerissen. Allerdings erfolgt der Vertrieb nicht, wie es in der ursprünglichen Bedeutung ließ, schon vor liegt ab, sondern erst ab 1. April. Von diesem Tage an wird es den Unternehmen das Kohlenkontor untersagt sein, englische oder belgische Pflastersteine oder unmittelbar oder unmittelbar anderweitig als vom Kohlenkontor zu beziehen, das seinen Bedarf durch die Kohlenfirmen Raub, Karcher & Co. und durch die Katharina Maatschappij Paul Bacen, Rotterdam, deelen lädt. Raub, Karcher & Co. erhielten nach der R. B. die Lieferung übertragen, weil sie bisher die leistungsfähigste Firma für Kupferzäte waren und weil sie ausgedehnte Brot- und Siebanlagen für englischen Antrag in Mannheim und Straßburg besitzen. Die Firma Raub, Karcher & Co. wird den Bedarf des Kohlenkontors für Baden, Württemberg, Bayern mit Rheinpfalz, Elsaß-Lothringen und die Schweiz zu decken haben, während der Firma Paul Bacen die Lieferung für die übrigen Abnehmer übertragen ist.

Aus der Deutschen Arbeiterbewegung.

Bei einem neuen Streik rüstet der Gewerbeverein. Im Minutenaktion bei den Arbeitern noch keinen Eingang gefunden hat, ist es im

unseren Verband an und vermittelte denselben trotz seines leidenden Zustandes mit großer Aufopferung und Energie bis zur letzten Stunde. Die gesamte Arbeiterbewegung versteht in ihm ein treuhändiges Mitglied. Die Kameraden werden ihm ein gutes Andenken bewahren.

Thüringen. Wie häufig ist doch hier das Vor des Schieferarbeiter. Fällig morgens schreibt er von seiner Hütte aus, um rechtzeitig nach den entfernt liegenden Schieferbrüchen zu gelangen, wo er in einer überlangen Arbeitszeit dem Kapitalismus und durch ungünstige Unfallverhältnisse dem Unglück preisgegeben ist. Wer erinnert hat, nicht an das vor Jahren dagewesene große Unglück auf dem Blaustein. Schieferbruch in Wurzbach, wo nun ein Arbeiter ihren Tod unter den Tschummen forderte? Doch auch jetzt vergiebt kein Tag auf den unliegenden Schieferbrüchen, wo unten ein Unglück zu melden ist. Die Mälzerei ohne Arme oder Beine, sowie sonstige dahinsiechende Arbeiter sind ein Zeugnis von der Ausbeutung des Kapitalismus. Trotz der gefährlichen und überlangen Arbeit ist der Verdienst ein ungemeiner, denn, beträgt doch der Durchschnittslohn auf den 10. zu 10 Stundenarbeit nur 2,40 Mark. Mit diesen 14 Mark die Woche soll eine Familie sämtliche Ausgaben bestreiten, was ein Unding ist, so dass noch mildester Arbeit nach Schulden genutzt werden müssen. Was rechte Hände schaffen, verprassen die Richter! Diesem unmöglichsten Zustande ein Ende zu bereiten, ist nur möglich durch eine zielbewusste Organisation, da bei Gleichheit ohnmächtig dem Kapital gegenüber ist. Dazu Kollegen, die ihrer Organisation angehört, gibt einer Fackelblatt, wenn ihr es durchgeflogen habt den Industriellen, deren es leider noch so viele unter den Schiefer-, Steinen-, Erzbergern gibt, damit auch sie sich entschließen, an dem erhaltenen Werke der Befreiung der Arbeiterschaft und dem Ende des Kapitalismus teilzunehmen. Alle haben sie ein Recht, um so mehr Bohnschaltung und klarerer Arbeitszeit und Lohn der Gefunkeln, kaum hat jeder die Pflicht mitzumachen, in und durch den Verband.

Sachsen b. Weißwasser O. A. Welche Wendung durch so'n passend Folgung hat der Rantzenwitz Schulz auf Grube Ebendorf genommen. Einst nahm Herr Schulz beide Bagen voll und behauptete sich als Fabrikarbeiter unter den Stadtalen. Nun kann aber von dem Grubebau keine Rantze wünschen, ist seine Bekleidung in's gerade Gegenteil umgeschlagen. Interessant ist die Vergleichung seiner Kleidungsstücke. Es heißt darin: "Ich war früher im Bergarbeiterverband, nachdem ich aber dessen Armut und Ziele erkannte, bin ich wieder ausgetreten. Durch Drohung bin ich zum Eintritt gezwungen worden." Das ist einsach gelogen. Auch scheut sich der Mann nicht, zum Denunzianten zu werden. Ein Kamerad sammelte auf einer Liste für die freitenden Mühbergerleute — das hat Herr Schulz prompt der Grubendirektion überbracht. Die Arbeiter sind nicht so schlecht, um gleichzeitig mit gleichermaßen zu vergleichen, aber sagen möchten sie Herrn Schulz, dass auch sie von Vorfahren Kenntnis haben, die einem Betrug sehr ähnlich sehen. Es gibt Leute, die schon so besessen waren, dass sie den Chausseebau nicht mehr sahen, sich den Schädel soll einrammen und dann der Knappichstasse zur Last stießen. Aber das tun wir jedem verdienten Arbeiter im eigenen Interesse. Herr Schulz zum Denunzianten keine Gelegenheit mehr zu geben. Es gibt anständigere Werte, wo man zu billigeren Preisen auch bessere Ware erhalten kann und die Garantie hat, dass man kein Grubenwasser zu kaufen bekommt.

Genthinberg II. Eine zweite Anklage „Sparaten vor Gericht“ ist in Sicht, nur mit dem Unterschied, dass diesmal die Lausitz als Hintergrund dient. Die Staatsanwaltschaft in Cottbus hat gegen Kamerad Gärtnert und noch drei andere Kameraden die Anklage wegen Vergehen gegen die §§ 188, 189, 194, 196, 200, 74 des St.-G.-B. erhoben. Gärtnert allein ist angeklagt wegen nicht weniger als vierzehn Bekleidungen und zwar soll er den Bergrat Netto in Cottbus, die Genthinberger Polizeiverwaltung, die einzelnen Polizeibeamten, die Grubendirektion der Stadtgrube, ebenso die einzelnen Grubenbeamten beleidigt haben. Die Bekleidungen sollen am 20. Juni und 4. Juli 1904 in Versammlungen, sowie durch zwei Flugschriften begangen sein. Es unterscheidet sich diese zweite von der ersten Anklage nur darin, dass bei der ersten das Gericht mit wunderbarem Schnelligkeit arbeitete, während die Strafkammer zu Cottbus die Sache außerordentlich langsam gehen lässt. Und ist die Beweisführung hierdurch sehr erschwert, aber wir werden alles daran setzen, um die hiesigen Zustände, die nichts weniger wie saarabische sind, vor Gericht feststellen zu lassen. Wie kamen alle Kameraden von Stadtgrube, auch die, welche früher dort gearbeitet haben, ihre Erfahrungen über Mühbergerleute, brutale Behandlung, willkürliche Entlassung, Grubenamtshäube, grobres Verhalten des einzelnen Beamten, Unfälle usw. im Rechtsbüro des Verbandes mitzutragen. Ebenso bitten wir die Kameraden, die schon mal das Unglück hatten, im Genthinberger Krankenhaus zu liegen, ihre Wahrnehmungen über Essen, Verpflegung und Behandlung anzugeben. Es gilt den hiesigen Zuständen ernstlich zu Leibe zu rücken.

Hirschfelde. Schon zweimal haben wir hier eine Zahlstelle gefunden — beide Male nicht für lange Dauer. Es ist somit auch kein Wunder, wenn sich die Lage der Bergarbeiter immer mehr verschlechtert, sind doch die hiesigen Werkbesitzer meistens alle „notleidende Landwirte“, was doch genug besagen will. Diese elende Lage der Bergarbeiter veranlasst uns auf's Neue, den Bergarbeiterverband zur Geltung zu bringen. Über die Verhältnisse im allgemeinen ist folgendes zu berichten: Die Arbeitszeit beträgt auf alten Werken zehn Stunden, auch sind die Lohnverhältnisse mit die Behandlung ununterbrochen schlechte. Auf einigen Werken werden die Kleider der Arbeiter innerhalb einer Stunde durch die eindringende Kälte zum Auswinden nach und doch soll der Arbeiter zehn Stunden darin aushalten; andererseits gibt es Kleide, wo eine unerträgliche Hitze herrscht. Völlig entkleidet geht der Hauer sich ab, um etwas zu verdienen, beträgt doch der Gedinge für den 8—4 bl. Tagen 10 Pf. Zugestellt fällt vom Hängenden hin und wieder ein Wassertröpfchen, der den Arbeiter unwillkürlich aufschlässt, hinterlässt derselbe doch auf dem Rücken eine große Blase; auch hier müssen die Arbeiter neu und eine halbe Stunde auswarten. Nicht allein die Hitze und die Kälte, sondern auch der Qualm der Dampfmaschine dem Arbeiter das Atmen, dazu fehlte es bis dahin, was es in den Versammlungen öffentlich gerügt wurde, dass Trinkwasser. Badeeinrichtungen gibt es nur auf einem Werke, auf den andern können die Arbeiter mit allein anbastenden Schnüren nach Hause gehen. Besonders empöhnend ist das Hirschfelder Braunkohlen- und Kreiswerk, wo der Besitzer und Betriebsleiter A. Ober das Regiment führt. Früher selbst Bergmann, deckte dieser Empordienstung es ausgezeichnet, den Arbeitern das Leben sauer zu machen. Warum kann man die andern Kohlemagnaten auch nicht loben, innerhalb sind sie aber — im Vergleich zu Herrn Röber — die reinsten Daseinsnaden. Ein Gedinge besteht auf diesem Werk, dass die Leute trotz allem Schutzen keinen halberlei vernünftigen Lohn verdienen können. Zog ist der Transport der Hunde in der Grube selbst erschwert durch die dort herrschende Unordnung, zudem sind die Hunde so groß, dass ein Mann nur mit Mühe und Not sie von der Stelle zu bringen vermöge. In Hirschfelde weiß keiner, was er verdient hat und muss sich mit dem Lohn, der ihm am Sonnabend in die Finger geflossen wird, zufrieden geben. Da vor kurzem war auf der Nachstiegelein kein Beamter, jetzt ist zwar ein Hauer zum Nachstieger ernannt, doch muss derselbe wie vor seine Arbeit als Hauer vor Ort verrichten, dabei ist der Mann für alles verantwortlich. Kürzlich wurde ein großes Komptoir gebaut, aber an eine neue Bedienstete stand niemand, und doch ist die alte so erbärmlich, dass kaum zehn Männer von der dreißig Mann starken Belegschaft Platz finden können. Statt diese Wohlstände abzuwischen, sucht man der Organisation entgegen zu arbeiten. Der Verbandsvertretermann ist schon öfters aus der Arbeit entlassen worden, so auch auf dem Werk des Herrn Eduard Scholz in Reichenau, wo er früher zu arbeiten anfing. Dem Herrn Bergmeister, welcher Ausklärung über die in einer Versammlung gerügten Mühbergerleute verlangte, sind dieselben gestrichen und versprach der selbe sein möglichstes zu tun, um sie zu beseitigen. Bald darauf erhielt Herr Scholz einen Brief, angelehnt an einem Steiger, dass der Verbandsvertretermann auf seinem Werk beschäftigt wird, also solle auch er ihn entlassen — so bald daraus resultiert. Den Brief lassen wir trocken nicht stören und rufen daher die Bergarbeiter von Reichenau und Klugenberg zu: Sorgt dafür, dass dieser kleine Besuch zu einem endgültigen werden möge, jeder, der noch nicht dem Verbande angehört, diesem sofort beitreten! Die Mitglieder müssen sich dann selbstverständlich zeigen an den Zahlstellenversammlungen beteiligen.

Lebenz. Der schwache Besuch der östlichen Bergarbeiter-Versammlung am 19. März zeigt wiederum recht deutlich den Mangel an Interessen und Verständnis der hiesigen Kameraden für ihre Bergarbeiterfrische. Anknüpfungsversuch Kamerad Löhner gab den Bericht des Anknüpfungsvereins für das abzulehnen. Der Bericht zeigt recht deutlich, wohin der Hase läuft. Es heißt darin, dass in Zukunft an zuverlässigen Unterhängungen nicht mehr so viel wie bisher gezeigt werden könnte, da nun die Ausgaben an Krankengeld ganz bedeutend erhöht hätten. Erhöhte Ausgaben an Krankengeld bedeuten aber nichts anderes als Vermehrung der Anknüpfungsfrische, und so widerlegt der Bericht schlagend alle die Vorlesungen der Unternehmer und ist der Schildertheit von der Besserung der Lage der hiesigen Bergleute, denn

es eine derartige Verbesserung ihrer Lage, das das einzige bemerkbare als erhöhte Krankheitsfrische in Geschäftigung ist, daumen die Arbeiter. Der Bericht ist somit aber auch ein unwiderlegbarer Beweis für die Anknüpfungsfrische der Arbeitszeitverkürzung. Soll dieses jedoch erreicht werden, so müssen unsere Freigäste aufzuhören zu schlafen und müssen kämpfen ohne Unterlass, bis ihre gerechten Wünsche erfüllt sind.

Berwerbslosen. Neben den Lehren des Bergarbeiterstreiks im Ruhrkreis spricht der Bergarbeiterclub hier in einer öffentlichen Bergarbeiterversammlung. Nach den Ausführungen des Redners ist es als die wesentlichste Errungenschaft des Streiks angesehen, dass die Mühbergerleute endlich eingesehen haben, dass mit den niedrigen Beiträgen, die bisher im Bergarbeiterverband gezahlt wurden, nichts zu erreichen ist, und dass sie nunmehr selbst auf höhere Beiträge bringen. In der auf den Donnerstag folgenden Diskussion geben alle Redner zu erkennen, dass auch die mitteldeutschen Bergleute ihre höhere Beiträge eintreten werden.

Oberbergamtbezirk Breslau.

Neudorf. Unseren Kameraden zur Kenntnis, dass wir seit dem 1. März einen eigenen Sitzungsort haben, welcher gleichzeitig zur Entgegennahme der Urteile gegen Güttleben der Vertragsschäden bereitstellt ist. Haben die Mitglieder bisher plakativ ihre Urteile entrichtet so erwarten wir es auch in Zukunft umso mehr als ihnen verdacht mehr Rechtsgewalt geboten wird. Erklärt auch nicht in der Agitation und wir kommen unser Ziel immer näher.

Kleiderfeste. Als auf den hiesigen Menschen der Streik ausbrach, wurde, um denselben so schnell wie möglich zu beenden, bei Leuten eine Lohnanhebung von 15 Pf. versprochen; die Mühbergerleute sollten auf 3,50 Mt. erhöht, bezüglich das Bedingungsbemerkend gerechnet werden. Aber wie sah es auf manchen Werken aus? Nach Grünberg hatte zu den Leuten gefragt: „Fahrt an, Ihr bekommt alle mehr“, doch bei der letzten Wählung haben die Leute, welche im zweiten arbeiteten, mit Erfahrung, dass sie mit denselben Wörtern abgespielt wurden, wie kost auch Beschleunigen würden sogar um 2,50 Mt. an teil. Weshalb war für die Bedingungsbemerkung eine Verhandlung eingetreten, nur die Hammerleute hatten sich eines kleinen Vorteils zu erfreuen. So werden die Verhandlungen gehalten. Ist es denn gar nicht möglich, die Gleichmäßigkeit der Löhne herbeizuführen?

Briefkästen.

S. & H. und G. B. Die Eingesandts: „Gedanken eines Bergmanns über den Streik“ sind in der Form nicht verwertbar; zum andern enthalten sie ja nur Aussätzungen, die schon entweder durch die Redaktion oder durch die Kameraden, die zur Beitrags erhöhung das Wort ergreifen haben, gemacht wurden.

G. M., Oberfeld. Eiche Nr. 6, quittiert 588,40 Mark.

Nach Saarabien wanderten. Von eingesetzten Bergbauleuten des Ruhrreviers werden Gewerke regelt, die hier keine Arbeit erhalten können, nach Saarabien geschickt, wo sie erst recht keine Arbeit erhalten. Die Leute müssen alle unverrichteter Sachen, d. h. ohne Arbeit zu finden, abziehen und machen sich nur große Unsicherheiten. Die fiskalischen Verwaltungen denkt' vor nicht daran, Mühbergerleute, die durch den Streik abgelegt wurden, von den Staatsgruben anzulegen. Die Bergbauleute wollen deshalb niemand nach Saarabien verweisen, weil dies völkerstödig zwecklos ist.

Bertrauenleute und Mitarbeiter unserer Zeitung. Wir ersuchen nochmals, bei allen Einladungen, die für die Zeitung bestimmt sind, schmales Papier zu nehmen und nur eine Seite zu beschreiben. Es ist uns sonst nicht möglich, alle die Einladungen zu bringen, und das wünschen die Kameraden doch. Auch schreibe man bitte mit Tinte und die Seiten etwas auseinander, damit eine etwaige Korrektur möglich ist.

Die Redaktion.

Berbaudnachrichten.

Achtung! Bertrauenleute!

Da das Ausstellen der Bücher nunmehr beendet ist, ersuchen wir die Bertrauenleute, falls sie noch im Besitz von Mitgliedsbüchern anderer Zahlstellen sind, uns dieselben sofort per Post nach Böhmisch Wehlen zu schicken, damit wir sie dem rechtmäßigen Eigentümer möglichst bald zurückstellen können. Ebenso bitten wir um sofortige Meldung der noch ausstehenden Bücher. Alle Anfragen und Beschwerden, welche den Kontrollausschuss betreffen, sind an den Kameraden Wilhelm Küller, Recklinghausen-Süd, König Ludwigstraße 20.

Meldung.

In dem in vorheriger Nummer dieser Zeitung abgedruckten Statutenentwurf muss unter § 10 (Arbeitslosen-Hilfeversicherung), 3. Absatz, noch eingefügt werden: „von besten 520 Wochen pro Tag 1,40 Mark oder pro Woche 8,40 Mark.“

Wir machen nochmals besonders darauf aufmerksam auf den in vorheriger Nummer veröffentlichten Statutenentwurf und auf die in heutiger Nummer enthaltene Einberufung zur Generalversammlung. Wir ersuchen alle Mitglieder etwaige Abänderungsanträge bis zum 15. Mai bei uns einzufügen.

Mitglieder, welche ihre Wohnung wechseln, werden ersucht, dies rechtzeitig dem Bertrauenmann oder Böhm unter genauer Angabe der neuen Wohnung mitzuteilen.

Einteilung der Wahlbezirke für die Generalversammlungs-Delegierten.

Nachstehend veröffentlichte wir die Einteilung der Wahlbezirke, welche uns von den einzelnen Bezirksberaumleuten übermittelt wurde. An der nachstehenden Einteilung ist bei der Wahl der Delegierten unbedingt festzuhalten. Delegierte, die nicht auf Grund dieser Einteilung gewählt sind, haben auf der Generalversammlung kein Stimmrecht und erhalten auch keinen Stimmzettel ihrer Wählosten aus der Hauptstelle. Doppelmmandate sind zulässig. In den Wahlbezirken, zu denen nicht wie eine Zahlstelle gehören, empfiehlt es sich, vor der definitiven Wahl eine Verständigung über den gemeinsamen Kandidaten herzustellen, um die Zerstreuung der Stimmen und eventuelle Stichwahlen zu verhindern. Gewählt ist derjenige Kandidat, auf den über die Hälfte der im ganzen Wahlbezirk abgegebene Stimmen fallen. Die Wahl der Delegierten erfolgt in Mitgliederversammlungen (öffentliche Versammlungen haben kein Recht zur Delegiertenwahl), die Wahl soll mittels Stimmzettel vorgenommen werden. Erhebt sich jedoch aus der Versammlung kein Widerspruch, dann kann auch per einfachem Handaufheben oder Ausschreien gewählt werden. In einigen Bezirken ist bisher die Wahl der Delegierten durch Wahlmänner erfolgt, dies hat aber sehr oft zu Differenzen geführt. Wir ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen ein rechtliches indirektes Wahlenfahren nicht mehr zu benutzen. Wo es irgend möglich ist, berufe man gemeinschaftliche Mitgliederversammlungen ein und nehme dort die Wahl der Delegierten vor.

Wie berücksichtigt die Mitgliedschaften, welche im Besitz von Lokalen sind. Wo keine Lokale zur Abhaltung von Mitgliederversammlungen zur Verfügung stehen, muß die Wahl per Stimmzettel von Haus zu Haus (beim Zeitungsausstragen) vorgenommen werden, damit sämtliche Mitglieder ihr Wahlrecht ausüben können.

Spätestens bis zum 15. Mai müssen alle Delegierten gewählt sein. Nach erfolgter Wahl ist dem Vorstande sofort genau Name und Adresse des Delegierten und die Zahl der abgegebenen Stimmen anzugeben. Die Wählstellenformulare werden an die Bezirksberaumleute verliefert und haben dieselben für genaue Ausfüllung zu sorgen. Ohne regelmäßiges Maßnahmen wird kein Stimmrecht und auch keine Unstimmigkeit gewährt. Den ordnungsmäßig gewählten und bei uns rechtzeitig gemeldeten Delegierten werden wir die benötigten Drucksachen mindestens acht Tage vor der Generalversammlung zusenden, damit dieselben sich für die Verhandlungen vorbereiten können. Um genaue Beachtung des Vorstandes bittet.

Der Vorstand.

J. A.: H. Sachse.

Wahlbezirk-Einteilung.

| Wahlbezirk | St. der Delegierten |
|----------------------------------|---------------------|
| 1. Hamm, Wiesbach, Bönen | 1 |
| 2. Herdecke, Nordlängen | 1 |
| 3. Königshöfen, Wülfrath-Liezen | 1 |
| 4. Unna, Billerbeck, Wallenhorst | 1 |
| 5. Niederafferhausen | 1 |
| 6. Hamm I | 1 |

| | |
|---|---|
| 7. Rammen II, Werne n. d. Lippe | 1 |
| 8. Oberhausen, Bochum, Wittenbergh | 1 |
| 9. Eichholz, Lüdenscheide, Sonnenberg, Hohenlimburg, Hohenlimburg | 1 |
| 10. Höxter, Brilon, Wellinghausen, Höxter, Höxter | 1 |
| 11. Hengsen, Holzwickede, Südbönen | 1 |
| 12. Gladbeck, Gladbeck | 1 |
| 13. Dortmund | 2 |
| 14. Unna, Lünen, Wittenberg | 1 |
| 15. Brakel, Lünenhorst, Wambel | 1 |
| 16. Wickede, Wickede | 1 |
| 17. Dierne, Wickede, Lünenhorst, Wickede | 1 |
| 18. Unna-N. S. d. W. Lünen-Nord | 1 |
| 19. Brambauer, Werne | 1 |
| 20. Bödinghausen, Lünenhorst | 1 |
| 21. Bödinghausen, Mengede | 1 |
| 22. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| 23. Oespel I, Oespel II | 1 |
| 24. Wülfel, Wülfel | 1 |
| 25. Marten | 1 |
| 26. Münzen, Auf dem Schne, Gaben, Münzenhausen | 1 |
| 27. Gründorf, Gründorf, Wülfel, Münzenberg, Münzenberg | 1 |
| 28. Gladbeck, Gladbeck, Hombroich | 1 |
| 29. Mengelinghausen, Mengelinghausen, Hacheney | 1 |
| 30. Langenbrücke | 1 |
| 31. Werne | 1 |
| 32. Voerde | 1 |
| 33. Garven, Stolzenhardt | 1 |
| 34. Eickel, Somborn | 1 |
| 35. Bönen, Bönen, Lünen | 1 |
| 36. Eickel, Bönen, Lünen | 1 |
| 37. Eickel, Bönen, Lünen | 1 |
| 38. Eickel, Bönen, Lünen | 1 |
| 39. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| 40. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| 41. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| 42. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| 43. Dövenfeld, Dövenfeld, Westrich | 1 |
| | |

